

Übersicht

über die vom Finanzausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 3. Sitzung am 18.03.2015 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Niederschrift über die 2. Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014	anerkannt	
2.	Beitritt des Kreises Neuwied und des Rhein-Lahn-Kreises zum Zweckverband "Rheinische Entsorgungskooperation" (REK)	B.-Nr.: 1/15 Empfehlung an KA/KT Zustimmung	einstimmig Seite 5
3.	Angelegenheiten der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)		
3.1.	Erwerb eines Gesellschaftsanteils von 10% an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) von der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) und Weitergabe eines Geschäftsanteils von 2,5% durch die OVAG an den Oberbergischen Kreis	B.-Nr.: 2/15 Empfehlung an KA/KT Zustimmung	einstimmig Seite 5
3.2.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	B.-Nr.: 3/15 Empfehlung an KA/KT Zustimmung	einstimmig Seite 6
4.	Haushaltsberatungen 2015/2016		
4.1.	Abrechnung der Kreisumlagen Mehrbelastung Jugendamt / ÖPNV	B.-Nr.: 4/15 Empfehlung an KA/KT Zustimmung	einstimmig Seite 7
4.2.	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2015/2016	B.-Nr.: 5/15 Empfehlung an KA/KT Zustimmung	einstimmig Seite 7
4.3.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2015 / 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen	B.-Nr.: 38/15 Empfehlung an KA/KT Zustimmung	MB./1 AfD, 1 E LINKE Seite 13
5.	Mitteilungen und Anfragen		
5.1.	Abwicklung des Ankaufs naturschutzwürdiger Flächen im Rahmen des Projekts chance7	Kenntnisnahme	

Nichtöffentlicher Teil			
6.	Verkauf der Paul-Moor-Schule in Königswinter-Oberpleis	B.-Nr.: 39/15 Auftrag an Verwaltung	einstimmig Seite 20
7.	Mitteilungen und Anfragen		
7.1.	Aufschiebend bedingte Beendigung des Überlassungsvertrages mit der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid über das Grundstück der Rettungswache Pohlhausen	Kenntnisnahme	

Niederschrift

über die in der 3. Sitzung des Finanzausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 18.03.2015 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:10 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 10.03.2015
Einladungsnachsendung vom: 12.03.2015

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Jürgen Becker (Vorsitzender)
 Herr Dr. Torsten Bieber
 Herr Klaus Döhl
 Frau Brigitte Donie
 Herr Christoph Fiévet
 Frau Hildegard Helmes i. V. d. Abg. Josten-Schneider
 Herr Hans-Peter Höhner i. V. d. Abg. Roth
 Herr Josef Schäferhoff
 Herr Michael Söllheim

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Stefanie Göllner
 Herr Folke große Deters
 Herr Volker Heinsch
 Herr Paul Lägel
 Frau Cornelia Mazur-Flöer
 Frau Joline Piel

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Alexandra Gauß
 Herr Ingo Steiner
 Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordneter FDP

Herr Christoph Cáceres Ayllón

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordneter AfD

Herr Dr. Yorck Dietrich ab 16:05 Uhr

3. Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Alexander Biber

Herr Andreas Grünhage

Frau Maria Miethke

Herr Karl-Wilhelm Schafhaus

Herr Dirk Schulte

i. V. d. Abg. Sonntag

Sachkundige Bürger SPD

Herr Mario Dahm

Herr Tobias Leuning

i. V. d. Abg. Hartmann

i. V. d. Abg. Waldästl

Sachkundiger Bürger GRÜNE

Herr Christian Gunkel

Sachkundiger Bürger FDP

Herr Jürgen Peter

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Rolf Böhmer

Entschuldigt fehlten:Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Silke Josten-Schneider

Herr Oliver Roth

Herr Andreas Sonntag

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Sebastian Hartmann

Herr Denis Waldästl

VertreterInnen der Verwaltung:

Frau Svenja Udelhoven

Herr Christoph Schwarz

Frau Sabine Waibel

Herr Tim Hahlen

Kreiskämmerin

Leiter des Dezernats 4

Leiterin des Amtes für Finanzwesen

Leiter des Amtes für Beteiligungen, Gebäudewirtschaft und
Wohnungsbauförderung

Herr Björn Bourauel

Herr Frank Römer

Abteilungsleiter Kämmerei

Abteilungsleiter Zentrale Steuerungsunterstützung und
Organisation (bis TOP 5)

Herr Horst Krimpelbein

Abteilungsleiter Informations- und Kommunikationstechnik
(bis TOP 5)

Herr Frank Feldschow

Frau Dorothea Busch

Frau Paola Redenius

Herr Christoph Demmer

Informations- und Kommunikationstechnik (bis TOP 5)

Kämmerei

Kämmerei

Kämmerei (Schriftführer)

3. Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

Geschäftsordnungsangelegenheiten		
----------------------------------	--	--

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden zur 3. Sitzung des Finanzausschusses und stellte die form- und fristgerechte Einladung fest.

Einwendungen oder Änderungsanträge zur Tagesordnung lagen nicht vor.

1	Niederschrift über die 2. Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2014	
---	---	--

Einwendungen gegen die Niederschrift über die 2. Sitzung des Finanzausschusses vom 02.12.2014 lagen nicht vor. Die Niederschrift gilt damit als anerkannt.

2	Beitritt des Kreises Neuwied und des Rhein-Lahn-Kreises zum Zweckverband "Rheinische Entsorgungs-Kooperation" (REK)	
---	---	--

Ohne Aussprache fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr.: Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, durch seine Vertreter in der REK-Verbandsversammlung die Satzung des REK zu ändern, um den Beitritt des Kreises Neuwied und des Rhein-Lahn-Kreises zum REK zu ermöglichen.
1/15

Abst.- einstimmig
Erg.:

3	Angelegenheiten der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	
---	---	--

3.1	Erwerb eines Gesellschaftsanteils von 10% an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) von der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) und Weitergabe eines Geschäftsanteils von 2,5% durch die OVAG an den Oberbergischen Kreis	
-----	---	--

Ohne Aussprache fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr.: Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgende Beschlüsse zu empfehlen:
2/15

1. Dem Erwerb von Anteilen in Höhe von 10% an der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) von der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) durch die RVK selbst wird zugestimmt.
2. Der Abtretung eines Geschäftsanteils in Höhe von 2,5% an der RVK von

3. Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

der OVAG an den Oberbergischen Kreis wird zugestimmt.

3. Der Veräußerung der von der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) gehaltenen Anteile an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) in Höhe von 25 % an die OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) und der Abtretung an die OVAG wird zugestimmt.

Abst.- einstimmig
Erg.:

3.2	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	
-----	---	--

Anmerkung des Schriftführers:

Der in nachfolgender Beschlussempfehlung genannte **Anhang 1** war Bestandteil der Einladung vom 11.03.2015 und ist online im Kreistagsinformationssystem über die Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises (http://session.rhein-sieg-kreis.de/bi/to0040.php?__ksnr=4051) abrufbar.

Ohne Aussprache fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr.:
3/15

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

1. Den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der RVK gem. Anhang 1 wird zugestimmt.
2. Soweit noch weitere Änderungen, insbesondere auch seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen keinen Nachteil für den Rhein-Sieg-Kreis oder die LVG bzw. die SSB GmbH als Gesellschafterinnen der RVK bedeuten.

Abst.- einstimmig
Erg.:

4	Haushaltsberatungen 2015/2016	
---	-------------------------------	--

4.1	Abrechnung der Kreisumlagen Mehrbelastung Jugendamt / ÖPNV	
-----	--	--

Abg. große Deters dankte der Verwaltung für die Abfrage bei den kreisangehörigen Kommunen zur Thematik der Abrechnung der Kreisumlagen Mehrbelastung Jugendamt / ÖPNV und erklärte, die SPD-Fraktion könne dem Vorschlag der Verwaltung nunmehr zustimmen.

Anschließend fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

3. Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

B.-Nr.: Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag vorzuschlagen, die in § 6 Nr. 5 des Entwurfs der Haushaltssatzung 2015/2016 vorgesehene Regelung, auf einen Ausgleich zwischen Plan und Ergebnis bei den Mehrbelastungsumlagen zu verzichten, unverändert zu beschließen.
4/15

Die Regelung gilt sowohl für zurückliegende Zeiträume sowie bis auf weiteres auch für zukünftige Haushaltsjahre ohne zeitliche Befristung.

Abst.- einstimmig
Erg.:

4.2	Einwendungen der Städte und Gemeinden zum Entwurf der Haushaltssatzung 2015/2016	
-----	--	--

Wortmeldungen lagen hierzu nicht vor. Der Vorsitzende schlug vor, folgenden Beschluss zu fassen:

B.-Nr.: Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:
5/15

"Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Städte und Gemeinden sowie die Stellungnahme der Verwaltung hierzu zur Kenntnis.

Der Kreistag stellt fest, dass den Forderungen der Städte und Gemeinden durch die Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2015/2016 in großen Teilen entsprochen wird. Weitergehende Forderungen können nicht berücksichtigt werden."

Abst.- einstimmig
Erg.:

4.3	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2015 / 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen	
-----	--	--

Kreiskämmerin Udelhoven merkte an, auf der Seite 75 der Nachsendung vom 12.03.2015 seien in der Änderungsliste der Verwaltung die betraglichen Veränderungen bei 0.11.10 i. H. v. +400 T€ und bei 0.91.10 i. H. v. -400 T€ irrtümlicherweise im Haushaltsjahr 2015 ausgewiesen worden. Tatsächlich müssten diese für das Haushaltsjahr 2016 eingeplant werden.

Der Vorsitzende schlug vor, zu diesem Tagesordnungspunkt zunächst über die in der Änderungsliste der Verwaltung, ab Seite 75 der Nachsendung vom 12.03.2015, enthaltenen Änderungsvorschläge insgesamt abzustimmen. Es bestand Einvernehmen, so zu verfahren.

3. Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Finanzausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

B.-Nr.: "Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss dem Kreistag vorzuschlagen, den in der Änderungsliste der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2015 / 2016 zuzustimmen."
6/15

Abst.- einstimmig
Erg.:

Im Anschluss wurden die Änderungsanträge der Fraktionen, Gruppen und Einzelabgeordneten im Kreistag sowie die Empfehlungen der Fachausschüsse, ab Seite 2 der Tischvorlage (im Kreistagsinformationssystem unter: http://session.rhein-sieg-kreis.de/bi/to0040.php?__ksinr=4051 abrufbar) einzeln zur Beratung aufgerufen.

*Anmerkung des Schriftführers: Die Abstimmungsergebnisse hierzu sind der **Anlage 1** zur Niederschrift (ab Seite 15) zu entnehmen. Die Anlage ist insoweit Bestandteil der Niederschrift. Anträge, die in der Sitzung neu eingebracht oder abgeändert wurden, sind neben grundsätzlichen Wortbeiträgen nachfolgend protokolliert.*

Zur Ifd. Nr. 1 Produkt 0.01.40 - Kreistagsbüro

Abg. Dr. Bieber merkte an, der Beschluss des Finanzausschusses vom 02.12.2014 zur digitalen Gremienarbeit müsse unter Einbeziehung der Stellungnahme der Verwaltung neu beschlossen werden.

Abg. große Deters stellte klar, dass hierbei dann auch die Umsetzung der Vorschläge der Verwaltung mitbeschlossen würden.

Zur Ifd. Nr. 2 Produkt 0.01.40 - Kreistagsbüro

Abg. Böhmer bat um zukünftige Einstellung der Sitzungsunterlagen in das Kreistagsinformationssystem in Form einer zusammenhängenden Datei, damit das Herunterladen von vielen Einzeldateien entfiel. Weiterhin bat er um Prüfung dahingehend, ob eine E-Mail Benachrichtigung bei Vorliegen von Sitzungsunterlagen möglich sei, damit die postalische Versendung von Sitzungsunterlagen entfalle.

Der Vorsitzende erklärte, der zuständige Mitarbeiter sei anwesend und werde um die Weiterleitung der Anregung gebeten. Weiterhin lade die Verwaltung die Möglichkeiten zur papierlosen Gremienarbeit aus.

Zur Ifd. Nrn. 3 + 4 Produkte 0.10.20 - Organisation / 0.11.20 - Personalmanagement

Abg. Cáceres Ayllón schlug vor, den Punkt 3 des unter Ifd. Nr. 4 aufgeführten Antrags der FDP zur Frage der Einführung eines Vorschlagswesens in den Antrag zur Ifd. Nr. 3 -Organisationsuntersuchung- zu integrieren. Die Punkte 1 + 2 des FDP-Antrags könnten dann zurückgezogen werden.

Zur Ifd. Nr. 6a Produkt 0.41.10 - Kultur- und Heimatpflege

Abg. Dr. Bieber bezifferte die erforderlichen Mittel für diesen fraktionsübergreifenden Antrag zur Aufarbeitung von NS-Medizinverbrechen mit 60 T€. Die Deckung des Bedarfs solle durch Wenigeraufwand i. H. v. 50 T€ beim Verlust durch den Abgang

von Anlagevermögen im Zusammenhang mit der Neubeschaffung von Büromobiliar erfolgen, da dieser durch Verzögerungen im Rahmen der Brandschutzsanierungen reduziert werden könne. Die übrigen 10 T€ sollten aus dem Budget für die Brandschutzsanierung durch Verschiebung ins Jahr 2017 gedeckt werden.

Abg. große Deters forderte für dieses Projekt die Anbringung eines Sperrvermerks zugunsten des Kulturausschusses.

Zur lfd. Nr. 10 Produkt 0.50.20 - Grundsicherung für Arbeitssuchende

Abg. Cáceres-Ayllón erkundigte sich nach der Höhe des erforderlichen Haushaltsansatzes.

Abg. Steiner erklärte, die Aufwendungen für diese Beratungsleistungen sollten innerhalb des Budgets des Sozialamtes gedeckt werden.

Zur lfd. Nr. 12 Produkt 0.50.30 - Besondere soziale Hilfen

Abg. große Deters zeigte sich verwundert darüber, dass die Vorlage zur Schulsozialarbeit für den Sozialausschuss die Aussage enthalten habe, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hätten sich in der Runde der Hauptverwaltungsbeamten einvernehmlich gegen die Fortführung der Schulsozialarbeit ausgesprochen. Ihm seien Bürgermeister bekannt, die den Bedarf für zusätzliche Schulsozialarbeit sähen. Er fordere eine flächendeckende Einführung der Schulsozialarbeit sowie die Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes dazu. Die Kommunen wie auch der Rhein-Sieg-Kreis müssten gegebenenfalls daraus entstehende Eigenanteile selbst tragen. Das Kreis erhalte in Folge eines Urteils des Bundessozialgerichts 1,7 Mio. € zur Finanzierung von Bildung und Teilhabe zurück, die zur Finanzierung herangezogen werden könnten. Vor dem Hintergrund der noch unklaren Voraussetzungen für die Verwendung der Gelder wolle er den Antrag nicht weiter aufrechterhalten, aber den Prüfauftrag an die Verwaltung, der im Sozialausschuss gefasst worden sei, weiterverfolgen.

Abg. Dr. Bieber führte aus, die Schulsozialarbeit sei ursprünglich für den Zeitraum von 4 Jahren durch den Bund gefördert worden. Nach Auslaufen der Bundesförderung habe das Land eine Teilförderung angeboten, die bis zum Jahr 2017 befristet sei. Bis 2017 müssten die Kommunen einen Eigenanteil leisten und für die Zeit danach die Kosten der Schulsozialarbeit voraussichtlich vollständig selbst tragen, da das Land zukünftig die Kriterien der Schuldenbremse einhalten werden müsse. Für die 9 Kommunen, die noch Schulsozialarbeiter hätten, beliefen sich die jährlichen Kosten auf rund 1,7 Mio. €. Das Land fördere die Schulsozialarbeit mit 1,0 bis 1,1 Mio. €, sodass der Rhein-Sieg-Kreis und seine Städte und Gemeinden dauerhaft die Differenz tragen müssten. Die einmalige Rückzahlung von Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets i. H. v. 1,7 Mio. € erschienen ihm zur Refinanzierung viel zu gering, da davon bereits mehr als 0,8 Mio. € für die Unterdeckung in diesem Bereich aufgrund der Vielzahl von Anträgen benötigt würden. Im Hinblick auf die Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten erklärte er, dass bei Uneinigkeit unter den Bürgermeistern zur Schulsozialpolitik der Rhein-Sieg-Kreis keine Alleingänge unternehmen sollte, da letztlich die Kommunen über die Kreisumlage diese Aufwendungen mitfinanzierten und einige Kommunen sich bereits in der Haushaltssicherung bzw. im Nothaushalt befänden.

Abg. Steiner bestätigte die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit, allerdings könne der

Rhein-Sieg-Kreis diese Aufgabe nicht übernehmen, wenn sich der Bund bzw. das Land aus der Förderung zurückzögen. Die Schulsozialarbeit sei eine Aufgabe des Bundes, deren Kosten dieser auch übernehmen müsse. Sofern eine Kommune Probleme bei der Aufbringung des Eigenanteils für die Schulsozialarbeit habe, so müssten die Kommunen ihren Bedarf anmelden und die Kommunalaufsicht müsse diese Ausgabe anschließend genehmigen. Hierfür müsse das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW entsprechende Regelungen schaffen. Es sei ungerecht, wenn Kommunen, wie Lohmar oder Troisdorf, die eigene Mittel für ihre Schulsozialarbeit aufbrächten, über die Kreisumlage die Schulsozialarbeit in anderen Kommunen mitfinanzierten. Weiterhin sei eine Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Rückzahlung der 1,7 Mio. € zu kurz gegriffen, auch der Rückzahlungstermin sei noch offen.

Abg. große Deters teilte mit, er bestehe nicht auf die Abstimmung seines Antrags, da der im Sozialausschuss gefasste Auftrag an die Verwaltung noch nicht erledigt sei. Die SPD strebe eine Lösung zur Schulsozialarbeit an, bei der der Eigenanteil der Kommunen gering bleibe. Er forderte ebenfalls eine Förderung der Schulsozialarbeit durch den Bund und schlug eine gemeinsame Initiative an die Bundesregierung vor. Die Haltung der CDU, keine Schulsozialpolitik anzubieten, sofern keine Förderung erfolge, bedauere er, da selbst das Land NRW bei seiner schlechten finanziellen Lage einen Eigenanteil aufbringe. Die Kommunen, die den größten Bedarf im Hinblick auf die Schulsozialarbeit hätten, könnten aus haushaltsrechtlicher Sicht keine Schulsozialarbeit finanzieren. Dort müsse der Rhein-Sieg-Kreis ein entsprechendes Angebot schaffen.

Abg. Dr. Bieber entgegnete, das Land dürfe die Mittel für die Schulsozialpolitik nicht bis 2017 befristen, wenn es diese Aufgabe als dauerhaft notwendig erachte. Für die verbliebenen Schulsozialarbeiter betrage nach einer Berechnung auf Basis der aktualisierten Förderquote der Eigenanteil des Rhein-Sieg-Kreises rd. 800 T€. Von den 27 Schulsozialarbeiter arbeiteten 6 in Windeck und 7 in Eitorf, sodass fast die Hälfte aller Schulsozialarbeiter an der oberen Sieg eingesetzt würden. Weiterhin subventioniere der Rhein-Sieg-Kreis über die Jugendamtsumlage bereits den Bereich der oberen Sieg durch vielfältige Angebote, wie zum Beispiel Jugendcafés. Die Nothaushaltskommune Neunkirchen-Seelscheid trage mehr zur Jugendamtsumlage bei, als sie tatsächlich an Leistungen des Kreisjugendamts erhalte, zugunsten der Kommunen an der oberen Sieg. Ohne eine dauerhafte Gegenfinanzierung sei es dieser Kommune folglich nicht zumutbar oder vermittelbar, das Angebot der Schulsozialarbeit zu erweitern.

Abg. Steiner betonte, die Schulsozialarbeit sei laut Landesministerium keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Dadurch könnten auch die Kommunen, die sich im Nothaushalt oder in der Haushaltssicherung befänden, die Aufwendungen für die Schulsozialarbeit in ihren Haushalten abbilden.

Zur Ifd. Nr. 13 Produkt 0.50.40 - Soziale Aufgaben

Abg. Dr. Bieber erläuterte, durch Verschiebungen im Zusammenhang mit der Brandchutzsanierung sei nach Rücksprache mit der Kreiskämmerin eine Gegenfinanzierung der für die Erarbeitung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis erforderlichen Mittel gesichert.

Zur Ifd. Nr. 18 Produkt 0.53 - Gesundheitsamt

Abg. Dr. Bieber schlug vor, die Hälfte der Kosten für das Gutachten zum Lärmschutz an der Bahnstrecke Bornheim-Roisdorf durch Mittelverschiebung bei der Brandschutzsanierung zu finanzieren. Zur Deckung der weiteren Kosten i. H. v. 7.500 € solle der Landrat Gespräche mit der Bahn aufnehmen, um eine hälftige Kostenbeteiligung zu erreichen.

Abg. große Deters zeigte sich mit dem Vorschlag des Abg. Dr. Bieber einverstanden.

Zur lfd. Nr. 19 Produkt 0.53 - Gesundheitsamt

Abg. Dr. Bieber erhob Zweifel an dem Mehrwert, der sich durch die Mitgliedschaft des Kreises im Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland ergäbe, was nach Rücksprache bei teilnehmenden Kommunen bestätigt worden sei. Hierbei entstünden unnötige Doppelstrukturen. Daher lehne er eine Mitgliedschaft in diesem Netzwerk ab.

Abg. große Deters zweifelte ebenfalls an dem Mehrwert dieser Mitgliedschaft schloss und sich der ablehnenden Haltung zu diesem Antrag an.

Zur lfd. Nr. 20 Produkt 0.61.10 - Planungsangelegenheiten

Abg. Otter erklärte, in den kommenden Jahren starteten die Neuverhandlungen zur Verteilung der Bundesmittel für den ÖPNV. Um dabei zur Ausarbeitung eines Konzepts für die Weiterentwicklung des ÖPNV über eine aussagekräftige Datenbasis zu verfügen, solle das Pilotprojekt Nulltarif umgesetzt werden. Diese Erkenntnisse sollten in die Verhandlungen mit dem Bund einfließen.

Abg. Steiner merkte an, der vorliegende Antrag habe im Planungs- und Verkehrsausschuss nicht ausführlich beraten werden können, da er lediglich als Tischvorlage vorgelegen habe und die Thematik sehr umfassend sei. Die Verhandlungen zum Bund- / Länderfinanzausgleich seien in vollem Gange und damit auch die Verhandlungen zur Verteilung der Mittel für den ÖPNV. Hierbei sei es unerheblich, ob der Rhein-Sieg-Kreis einen kostenlosen ÖPNV anbiete. Vielmehr gehe es darum, dass die Region NRW mit ihrem Bedarf im Vergleich zu den süddeutschen Ländern nicht ins Hintertreffen gerate. Er schlug vor, die Beratung zu dem kostenlosen ÖPNV im Fachausschuss fortzusetzen und auf eine Abstimmung des vorliegenden Antrags zu verzichten.

Abg. große Deters stimmte den Ausführungen des Abg. Steiner zu und erklärte den kostenlosen ÖPNV auch zum Fernziel der SPD. Allerdings müssten hierzu fundierte Daten vorliegen, um eine Entscheidung dazu treffen zu können. Einige konkrete Fragen aus dem Antrag der Fraktion DIE LINKE seien seiner Meinung nach durch die Verwaltung nicht zu quantifizieren. Er bat darum, zukünftig nur solche Fragen zu stellen, die die Verwaltung auch beantworten könne.

Abg. Otter entgegnete, dass die Verwaltung sicherlich Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen unter der Zugrundelegung von Annahmen und Schätzungen durchführen könne. Die aus dem Pilotprojekt gewonnen Erkenntnisse sollten noch in die zukünftige ÖPNV-Finanzierung einfließen. Daher bestehe er auch auf eine Abstimmung zu dem vorliegenden Antrag.

Zur lfd. Nr. 24 - Wiedereinführung des AK Konsolidierung

3. Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Dietrich erkundigte sich nach dem quantitativen Einsparziel, das der Antragsteller durch den Antrag erreichen wolle.

Der Vorsitzende erwiderte, es solle so viel wie möglich eingespart werden.

Zur lfd. Nr. 25 - Mittelfristiges Kostenstrukturprogramm zur nachhaltigen finanziellen Gesundheit des Kreishaushalts

Abg. Dietrich bezifferte das Einsparziel auf 20 Mio. €. Dabei sei der Schwerpunkt weder auf die Organisation bzw. auf den freiwilligen Leistungen gesetzt worden, vielmehr solle flächendeckend, sofern rechtliche Spielräume bestünden, bei den Pflichtleistungen nach Einsparpotenzial gesucht werden. Zudem befürworte er eine Steuerung über Kennzahlen, damit die Ziele quantifizierbar seien.

Zur lfd. Nr. 26 - Einsatz von Open Source-Produkten / Open Office in der Kreisverwaltung

Abg. Böhmer dankte der Verwaltung für die ausführliche Stellungnahme und zog seinen Antrag zurück.

Zur lfd. Nr. 32 - Resolution zur Änderung der Berechnungsgrundlagen für die Kreisumlage

Abg. Böhmer erläuterte, auch die Umlage des Landschaftsverbands Rheinland würde infolge der Nichtberücksichtigung der zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen sinken, sodass der Rhein-Sieg-Kreis von einer niedrigeren Landschaftsverbandsumlage profitiere.

SkB Peter zeigte Interesse an dieser Thematik und bat um Erörterung im Fachausschuss.

Abg. Steiner forderte eine Diskussion zur allgemeinen Finanzierung des Kreises über die Kreisumlagen. Der Vorschlag, Abschreibungen und Pensionsrückstellungen bei der Berechnung der Kreisumlage außen vor zu lassen, greife zu kurz, da der Rhein-Sieg-Kreis irgendwann Ersatzinvestitionen tätigen und Pensionen zahlen müsse.

Abg. große Deters sprach sich gegen die Abschaffung des NKF aus, nur um einen Haushaltsausgleich zu realisieren, da das NKF den tatsächlichen Ressourcenverbrauch erfasse, was man beispielsweise anhand der Abnutzung der Gebäude oder Straße verdeutlicht werde. Er forderte stattdessen Mehreinnahmen vom Bund zur Deckung dieser Aufwendungen.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass weder die Länder, noch der Bund NKF eingesetzt hätten und die Maßstäbe, die an die Kommunen gesetzt worden seien, nie erfüllen könnten. Sobald die Bankenaufsicht die Vergabe von Krediten an die Kommunen limitiere, werde eine große Diskussion zur Finanzierung der Kommunen beginnen. Er bat die Verwaltung, zu diesem Thema in einer der kommenden Finanzausschusssitzungen zu informieren.

Abg. Otter äußerte, aus seiner Sicht bestünden einige Fehler im System des NKF.

Abg. Böhmer verzichtete auf eine Abstimmung zu seinem Antrag, sofern diese Thematik in einer der nachfolgenden Finanzausschusssitzungen behandelt werde.

3. Sitzung des Finanzausschusses am 18.03.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Zur lfd. Nr. 33 Produkt 0.41.10 - Kultur- und Heimatpflege

Abg. Cáceres-Ayllón erklärte, die Punkte 2 (Personalkostenniveau) und 3 (freiwillige Leistungen) seien auch Bestandteil der Organisationsuntersuchung der GPA und sah keine Mehrheit für den Antrag zur Abschaffung des Kunstpreises. Daher zog er seinen Antrag zurück.

Zur lfd. Nr. 34 Produkt 0.01.30 - Pressestelle, 0.01.40 - Kreistagsbüro, 0.01.70 - Kommunales Integrationszentrum, 0.22.10 - Liegenschaften und Versicherungen, 0.50.40 - Soziale Aufgaben, 0.61 - Planungsamt, 0.63 - Bauaufsichtsamt, 0.66.50 - Klimaschutz, 0.90.11 - Regionale Kooperation, 0.41.10 - 5000130 - Kultur- und Heimatpflege

Abg. Dietrich befürwortete eine Gesamtabstimmung zu den Einzelanträgen der AfD und wies auf das Gesamtvolumen der Einsparungen ohne das Festspielhaus von rd. 2,2 Mio. € hin.

Anschließend fasste der Finanzausschuss zum Doppelhaushalt 2015/2016 insgesamt den folgenden Beschluss:

B.-Nr.:
38/15

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

"Der Kreistag beschließt, der von der Verwaltung im Entwurf vorgelegten Haushaltssatzung 2015/2016 mit Haushaltsplan und Anlagen unter Berücksichtigung der sich aus den Beratungen im Finanzausschuss ergebenden Veränderungen zuzustimmen."

Abst.-
Erg.:

MB ./ 1 AfD, 1 Enth. LINKE

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

5.1	Abwicklung des Ankaufs naturschutzwürdiger Flächen im Rahmen des Projekts chance7	
-----	---	--

Abg. Dr. Bieber kündigte eine Anfrage seitens der CDU zum Thema Flurbereinigungsverfahren in Eitorf im Rahmen des Projekts chance7 an, da sich Eitorf entschieden habe, nicht an diesem Projekt teilzunehmen.

Abg. Cáceres Ayllón sah angesichts des großen Investitionsbudgets die Einbeziehung des Fachausschusses als erforderlich an.

Der Vorsitzende merkte an, es gebe hierzu einen Grundsatzbeschluss und sobald die angekündigte Anfrage der CDU vorliege, werde diese im Fachausschuss bzw. im Finanzausschuss thematisiert werden.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen im öffentlichen Sitzungsteil lagen nicht vor.

Ende des öffentlichen Teils

Anträge der Fraktionen, Gruppen, Kreistagsabgeordneten und Empfehlungen der Fachausschüsse zum Hpl.-Entwurf 2015/2016

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss / KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezeichnung (in Klammern Seite und Randnr. des Teilergebnisplans)	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungsergebnis im Finanzausschuss (18.03.15)	Lfd. Nr.	
			Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €					
1	CDU/ Grüne	0.01.40 (Seite 22, Z. 16)	Kreistagsbüro						Neugestaltung der Internetseite des Rhein-Sieg-Kreises, Möglichkeiten der digitalen Gremienarbeit schaffen	Unter Berücksichtigung der Vorgehensweise in der Stellungnahme der Verwaltung	beschlossen, einstimmig	1
2	FUW-Piraten	0.01.40 (Seite 22)	Kreistagsbüro						Papierlose Kreistagsarbeit		beschlossen, einstimmig	2
3	CDU / SPD / Grüne	0.10.20 (Seite 35, Z. 16)	Organisation	- 150.000	- 50.000				Organisationsuntersuchung der Kreisverwaltung (Kreisverwaltung 2020) mit Unterstützung durch die Gemeindeprüfungsanstalt	Verweis in FA PA 11.03.15	beschlossen, einstimmig, Enth. AfD	3
		0.22.30	Gebäudewirtschaft	+ 150.000	+ 50.000	- 200.000			unter Einbeziehung der Frage des Vorschlagswesens (Modif. im FA) Gegenfinanzierung in 2015 d. Verschiebung baul. Maßnahmen bei der Kreishaussanierung			
4	FDP	0.11.20 (Seite 48, Z. 16)	Personalmanagement	- 10.000	- 10.000				Verwaltungsinternes Vorschlagswesen 1. Richtlinie aus 2011 überarbeiten 2. 10 T€ sind als Prämie bereit zu stellen 3. Frage des Vorschlagswesens soll in die Organisationsuntersuchung der GPA einbezogen werden	Teilantrag 1. und 2. zurückgezogen zu 3. Verweis in FA PA 11.03.15	Teilantrag 1. und 2. zurückgezogen Teilantrag 3. erledigt (s. lfd. Nr 3), soll in Orga-Untersuchung der GPA aufgenommen werden	4
5	SPD	0.38.20 (Seite 164, Z. 15)	Feuer-, Brandschutz, technische Hilfeleistungen	- 4.000	- 4.000	- 4.000	- 4.000	- 4.000	Anhebung des Zuschusses auf Vorjahresniveau zur Durchführung des Kreisfeuerwehrtages und sonstiger Veranstaltungen.	Antrag zurückgezogen ARK 16.03.15	Antrag zurückgezogen	5
6	SPD	0.39.30 (Seite 181, Z. 15)	Tiergesundheit / Veterinärwesen		- 5.000				Bezuschussung einer Landwirtschaftsschau mit dem Schwerpunkt Obstbau im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis	abgelehnt, MB ./. SPD, FUW-Piraten, Linke, Enth. AfD UmwA 10.03.15	abgelehnt, MB ./. SPD, Enth. DIE LINKE, FUW-Piraten	6
6a	CDU / SPD / Grüne / FDP	0.41.10 (Seite 164, Z. 15)	Kultur- und Heimatpflege	- 60.000					Erforschung und Dokumentation der NS-Medizinverbrechen im Bereich des heutigen Rhein-Sieg-Kreises, die erforderlichen Mittel sollen mit Sperrvermerk versehen werden und nach der Konzeptarbeit durch den Kulturausschuss freigegeben werden.		beschlossen, einstimmig	6a
				+ 50.000	+ 10.000	- 10.000			Gegenfinanzierung durch zu erwartende Verbesserungen AfA Büromobiliar (50 T€) und Verschiebung der Brandschutzsanierung Kreishaus (10T€)			

h

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (18.03.15)	Lfd. Nr.
		Bezifferung	Bezeichnung	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €				
7	DIE LINKE	0.50 (Seite 226)	Sozialamt	- 200.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000	- 200.000	100 T€ für kreisweiten Stromkosten-Sparcheck und 100 T€ für Heizkosten-Sparcheck sollen zur Finanzierung von Beratern und für einfache techn. Hilfsmittel verwendet werden.	Antrag zurückgezogen SozA 17.03.15	abgelehnt, MB ./. DIE LINKE	7
8	SPD	0.50 (Seite 226)	Sozialamt	- 150.000					Durchführung und Finanzierung eines Stromsparchecks zusammen mit dem SKM oder den Stromanbietern, 100 T € für die Durchführung und 50 T € als Darlehen für Haushalte mit geringem Einkommen für den Ankauf energiesparender Geräte	kein Beschluss, Antrag zurück- gestellt, Auftrag an Verw., Gespr. ü. Förd. mit Energieversor- gern zu führen SozA 05.02.15	kein Beschluss,	8
9	CDU/ Grüne	0.50.10 (Seite 230)	Hilfen nach SGB XII						Pilotprojekt zur verbesserten Beratung in den Bereichen Schulbegleitung und Hilfeplanmaßnahmen, befristete Einstellung einer Fachkraft (auf 3 Jahre), Finanzierung durch Einsparungen bei den Maßnahmen	ohne Beschluss z. Kenntnis gen., Beratung auch im ASuB, AIG 16.03.15 beschl. einst., Enth. AfD SozA 17.03.15	beschlossen, einstimmig, Enth. AfD	9
10	CDU/ Grüne	0.50.20 (Seite 235, Z. 15)	Grundsicherung für Arbeitssuchende						Externe Unterstützung bei der Prüfung von Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen von SGB-II-Leistungsempfängern z.B. durch Mieterbund, Finanzierung soll durch Erfolgsbeteiligung im Rahmen der Einsparungen erfolgen.	beschlossen, einstimmig, SozA 17.03.15	beschlossen, einstimmig	10
10a	CDU	0.50.20 (Seite 235, Z. 6 und 15)	Grundsicherung für Arbeitssuchende	- 1.700.000 + 1.700.000					Die angekündigte Rückzahlung der für 2014 bundeseitig verrechneten Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (1,7 Mio €) setzt der Rhein-Sieg-Kreis für diesen Zweck ein. Sperrung zugunsten SozA sowie ASuB, Freigabe frühestens nach Eingang der Mittel	beschlossen, einstimmig SozA 17.03.15	beschlossen, einstimmig	10a
11	SPD	0.50.20 (Seite 235, Z. 15)	Grundsicherung für Arbeitssuchende	- 250.000	- 250.000	- 250.000	- 250.000	- 250.000	Der Ansatz für das Projekt "Perspektive Wiedereinstieg" soll verdoppelt werden um mehr Menschen schrittweise und längerfristig in den Arbeitsmarkt zu integrieren	abgelehnt, MB ./. SPD, LINKE, FUW-Piraten SozA 05.02.15	abgelehnt, MB ./. SPD, DIE LINKE, FUW-Piraten	11
12	SPD	0.50.30 (Seite 241, Z. 13)	Besondere soziale Hilfen						Fortführung der Schulsozialarbeit	kein Beschluss SozA 17.03.15	kein Beschluss	12
13	SPD	0.50.40 (Seite 245, Z. 15)	Soziale Aufgaben	- 60.000 + 60.000		- 60.000			Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis, Ansatz für wissenschaftliche Begleitung im AIG am 16.03.15 von 100 T € auf 60 T€ gedeckelt; Gegenfinanzierung durch Verschiebung Brandschutzsanierung	beschlossen, MB ./ AfD, Enth. FDP, AIG 16.03.15	beschlossen, einstimmig, Enth. FDP und AfD	13

15

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezeichnung	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Finanzausschuss (18.03.15)	Lfd. Nr.	
			Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €					
14	SozA	0.50.40 (Seite 245, Z. 15)	Soziale Aufgaben						Zuschuss zum 2.Kivi-Teilprojekts "Mitten im Leben" zur Sicherung der Lebensqualität Älterer im ländlichen Raum (Quartiersentwicklung) auf die Kommunen Neunkirchen-Seelscheid, Much und Ruppichterath. Sperrvermerk zugunsten AIG Ansatz p.A. 10 T€ Mittelbedarf für das Projekt insg. 30 T€; 2015: 5 T€, 2016, 2017: 10 T€, 2018: 5 T€	beschlossen, einst., 1 Enth. LINKE, AIG 16.03.15	beschlossen, einstimmig	14
15	SozA	0.50.60 (Seite 254, Z. 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 5.640	- 5.640	- 5.640	- 5.640	- 5.640	Erhöhung der Sachkostenpauschale für das Frauenzentrum Troisdorf e.V.	beschlossen einstimmig, SozA 05.02.15	beschlossen, einstimmig	15
16	SozA	0.50.60 (Seite 254, Z. 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 3.000	- 7.000	- 10.000	- 10.000	- 10.000	Erhöhung der Pauschale für eine halbe Fachkraftstelle Gewaltschutzberatung	beschlossen einstimmig, SozA 05.02.15	beschlossen, einstimmig	16
17	DIE LINKE / FUW-Piraten	0.50.60 (Seite 254, Z. 15)	Förderung von Einrichtungen und Diensten	- 5.000	- 5.000	- 5.000	- 5.000	- 5.000	Erhöhung des Zuschusses an den Katholischen Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. für die Insolvenzberatung um 5.000 €; Gegenfinanzierung durch Reduzierung der Kosten für den Prinzenempfang von 12.000 € auf 7.000 €.	Antrag zurückgezogen SozA 17.03.15	abgelehnt MB ./ DIE LINKE, FUW-Piraten, FDP	17
		0.01.50 (Seite 26, Z. 13)	Öffentlichkeitsarbeit und Büro Landrat	+ 5.000	+ 5.000	+ 5.000+ 5.000	+ 5.000					
18	SPD	0.53 (Seite 307)	Gesundheitsamt	- 7.500					Zum Lärmschutz an der Bahnstrecke Bornheim-Roisdorf soll ein Gutachten erstellt werden. Sollte die Bahn das Gutachten nur dann zeitnah erstellen, wenn die benötigten Geobasisdaten vom Kreis subventioniert werden, dann sind 15.000 € im Haushalt zur Verfügung zu stellen.		beschlossen, einstimmig	18
				+ 7.500	- 7.500				Modifikation FA: Landrat wird gebeten, mit der Bahn bezüglich einer 50 %-igen Finanzierung zu verhandeln (7.500 €). Gegenfinanzierung durch Verschiebung der Brandschutzsanierung Kreishaus			
19	AIG	0.53 (Seite 307)	Gesundheitsamt	- 6.000	- 6.000	- 6.000	- 6.000	- 6.000	Begründung der Mitgliedschaft des Kreises im Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland	keine Beschlussfassung im AIG am 21.11.14 und am 16.03.15	abgelehnt, einstimmig	19
20	DIE LINKE / FUW-Piraten	0.61.10 (Seite 335)	Planungsangelegenheiten	- 800.000					Pilotprojekt Nulltarif, zwei Buslinien sollen fahrscheinlos betrieben werden, um eine Datenbasis für ein zukunftsweisendes Konzept zu ermitteln. 700 T€ Ausgleich der Einnahmehausfälle der RSVG, 100 T€ für die wissenschaftliche Begleitung; Gegenfinanzierung aus geplanten Zuschüssen für das Festspielhaus Bonn		abgelehnt, MB ./ DIE LINKE, FUW-Piraten	20

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle Bezifferung (in Klammern Seite und Randnr. des Teilergebnisplans)	Bezeichnung	Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs- ergebnis im Finanzausschuss (18.03.15)	Lfd. Nr.
				Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €				
21	CDU/ Grüne	0.90.10 (Seite 424, Z. 16)	Wirtschaftsförderung	- 100.000					Externe fachliche Begleitung für den flächendeckenden Breitbandausbau, Gegenfinanzierung durch Verschiebung der Brandschutzsanierung	beschlossen, einstimmig AWT 24.02.15	beschlossen, einstimmig	21
				+ 100.000		- 100.000						
22	CDU/ Grüne	0.90.10 (Seite 424, Z. 16)	Wirtschaftsförderung						Die Planung der Landesgartenschau in Bad Honnef soll in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils 25 T € unterstützt werden. Die Finanzierung soll aus dem Budget der Wirtschaftsförderung erfolgen.	zustimmende Kenntnisnahme, Entscheidung im FA AWT 24.02.15	beschlossen, einstimmig	22
Weitere Anträge												
23	CDU / SPD / Grüne								Haushaltscontrolling - Vierteljahresberichte einführen, ab dem 2. Halbjahr 2015 soll die Kreisverwaltung dem Finanzausschuss vierteljährlich über die Haushaltsentwicklung berichten		beschlossen, einstimmig	23
24	CDU / SPD / Grüne								Wiedereinrichtung des AK Konsolidierung; Der fraktionsübergreifende Arbeitskreis soll durch ehrliche Aufgabenkritik mögliche Einsparpotentiale für die Zukunft diskutieren.		beschlossen, einstimmig, Enth. AfD	24
25	AfD								Mittelfristiges Kostenstrukturprojekt zur nachhaltigen finanziellen Gesundung des Kreishaushalts		abgelehnt, MB./. AfD	25
26	FUW-Piraten								Einsatz von Open Source-Produkten / Open Office in der Kreisverwaltung		zurückgezogen	26
27	FUW-Piraten								Erlass einer Nachhaltigkeitssatzung für den Rhein-Sieg-Kreis		abgel., MB ./. FUW-Piraten, Enth. DIE LINKE	27
28	DIE LINKE								Einrichtung einer Stelle einer/eines Inklusionsbeauftragten im Dezernat 3, Sozialamt, 50.2 Grundsatz- und Planungsaufgaben	zurückgezogen wg. lfd. Nr.29, AIG 16.03.15	abgel. MB ./. LINKE, FUW-Piraten	28
29	CDU/ Grüne								Zur Unterstützung des Fachbeirats Inklusion ist eine 1/2 Stelle im Kreissozialamt vorzusehen; vor Einrichten einer neuen Stelle ist eine Umschichtung durch Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte zu prüfen.	beschlossen, MB ./. AfD AIG 16.03.15 u. SozA 17.03.15	beschlossen MB./. AfD	29
30	AIG								Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Inklusions-Fachbeirats (in KA 08.12.2014 verlagt in Haushaltsberatungen)	beschlossen einstimmig, AIG 21.11.14	beschlossen, einstimmig	30
31	SPD								Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels	abgelehnt, MB ./. SPD, 1 Enth. AWT 24.02.15	abgelehnt, MB ./. SPD, Enth. DIE LINKE, FUW-Piraten	31
32	DIE LINKE / FUW-Piraten								Resolution zur Änderung der Berechnungsgrundlagen für die Kreisumlage: Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge sollen in die Berechnung der Kreisumlage nicht mehr einfließen.		Das Thema Kreisfinanzierung soll in einer der nächsten FA-Sitzungen beraten werden.	32

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (18.03.15)	Lfd. Nr.						
		Bezeichnung	Bezeichnung	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €										
33	FDP	0.41.10 (Seite 215, Z. 16)	Kultur- und Heimatpflege		+ 5.000			+ 5.000		Auflösung des Preisgeldes für den Kunstpreis mit 20 T€ und Verwendung der Mittel für allg. Kulturförderung; Streichung des Verwaltungsaufwands i.V.m. der Preisverleihung zur Gewinnung von Personalkapazitäten	Teil Antrag zurückgezogen	33						
									Das Personalkostenniveau soll auf dem Stand von 2015 bleiben (tarifliche und notwendige Besoldungsanpassungen sind davon ausgenommen). Die 26 neuen Stellen sollen gegen wegfallende gerechnet werden. Spätestens mit (Teil-)Wegfall von Mehreinnahmen, Fördermitteln und Gebühren sind die nicht mehr deckungsfähigen Stellen zu streichen.	Verweis in KA PA 11.03.15	Soll bei der Organisationsuntersuchung der GPA mit einbezogen werden. Einvernehmen							
								Die Aufwendungen für Freiwillige Leistungen bilden ab 2015 ein Budget. Höhere Kosten bei bestehenden oder durch zusätzliche Freiwillige Leistungen müssen durch Einsparungen oder Ertragssteigerungen erwirtschaftet werden (Personalkostensteigerungen durch Tarif- oder Besoldungserhöhung ausgenommen).										
34	AfD	0.01.30	Pressestelle						Reduzierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Verminderung um 1 FTE; Kündigung des Vertrages betr. Presse-Service-Portal mit der ruhr concept KG	Antrag insgesamt abgelehnt, MB ./ AfD, PA 11.03.15	abgelehnt, MB ./ AfD, SozA 17.03.15	abgelehnt, MB ./ AfD, AIG 16.03.15	abgelehnt, MB ./ AfD	34				
		0.01.40	Kreistagsbüro	+ 58.000	+ 58.000	+ 58.000	+ 58.000	+ 58.000	Kürzung der Fraktionszuwendungen um 10% sowie Wegfall der Unterstützung der Arbeit von Jugendorganisationen von Parteien									
		0.01.70	Kommunales Integrationszentrum						Aufhebung des Beschlusses zur Gründung des KI, Verzicht auf weiteren Ausbau und Abwicklung der bestehenden Aktivitäten									
		0.22.10	Liegenschaften und Versicherungen						Reduzierung des Personalaufwands um mindestens 0,5 FTE									
		0.50.40	Soziale Aufgaben						Aufhebung des Beschlusses zur Gründung des Fachbeirats Inklusion									
		0.61	Planungsamt						Reduzierung des Personalaufwands um mindestens 3 FTE									
		0.63	Bauaufsichtsamt						Reduzierung des Personalaufwands um mindestens 2 FTE									
		0.66.50	Klimaschutz						Abbau der gesamten Klimaschutz-Stelle									
		0.90.11	Regionale Kooperation						Abbau des Kompetenzzentrums Frau und Beruf, Abbau der Stelle Regionale Kooperationen									
									Verzicht auf die Besetzung sämtlicher 26 neu zu schaffender Stellen sowie Verzicht auf die Besetzung freierwerdender Stellen, solange die Ziele des Kostenstrukturprojekts nicht erreicht sind.									
									Folgende Bereiche sollen darüber hinaus einer näheren Untersuchung auf Aufgabenumfang bzw. Effizienz unterzogen werden um Einsparpotenziale aufzudecken: Öffentlichkeitsarbeit / Büro Landrat, Organisation, Personalwirtschaft, Allgemeine Dienste, Kreisarchiv und Bibliothek, Gebäudewirtschaft, Gesundheitsförderung, Gesundheitsdienstleistungen und Grundstückswertermittlung; in den Bereichen Elterngeld und Versorgungsamt ist zu prüfen ob bei der Dezentralisierung angenommene Einsparpotenziale tatsächlich realisiert wurden; im Bereich Hilfe für Jugendliche, Jugendeinrichtungen und junge Familien sollten Einsparungen durch einheitliche Koordination geprüft werden.									
34	AfD	Finanzplan: 0.41.10 5000130	Kultur- und Heimatpflege	+ 1.000.000					Aufhebung des Beschlusses zur Mitfinanzierung der Stiftung Festspielhaus Beethoven					34				

Lfd. Nr.	Antragsfraktion / Ausschuss/ KT.-Abg	Produkt / Kostenstelle		Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)					Erläuterung	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Fachausschuss	Entscheidung/ Abstimmungs-ergebnis im Finanzausschuss (18.03.15)	Lfd. Nr.
		Bezeichnung	Bezeichnung	Hj. 2015 €	Hj. 2016 €	Hj. 2017 €	Hj. 2018 €	Hj. 2019 €				
35	DIE LINKE / FUW-Piraten	Finanzplan: 0.41.10 5000130	Kultur- und Heimatpflege	+ 1.000.000					Verzicht auf den geplanten Zuschuss für das Festspielhaus Beethoven		abgel. MB ./ DIE LINKE, FUW-Piraten, AfD	35
36	Abg. Dr. Fleck	0.50.20 0.53.10 0.91.10	Grundsicherung für Arbeitssuchende Gesundheitsförderung Allg. Finanzwirtschaft						Die gesamten Mittel für Zinsen und Tilgung von Kreditmarktdarlehen (auch der Gesellschaften des Kreises) sollen vollständig für Leistungen zur Eingliederung in das Erwerbsleben (Perspektive Wiedereinstieg) und für Maßnahmen des Vereins Kivi e.V. zur Sicherung der Lebensqualität Älterer im ländlichen Raum (Quartiersentwicklung, Unterstützung von Dorfläden) verwendet werden. Die Mitgliedschaft im Landkreistag soll zur Entlastung der Kreisumlage gekündigt werden.		abgelehnt, einstimmig	36

Veränderungen insgesamt

- 8.640 - 12.640 - 393.140 - 15.640 - 15.640

Vorschlag der Verwaltung:

Die Änderungen durch die im Finanzausschuss zu den Änderungsanträgen aus dieser Liste gefassten Beschlüsse sind wie folgt auszugleichen:

	Kostenstelle Unterhaltung Kreishaus	+ 8.640	+ 12.640	+ 15.640	+ 15.640	+ 15.640	Gegenfinanzierung der Beschlüsse zu lfd. Nm.15 und 16
0.91.10	Kreisumlage allgemein			+ 358.000			Aufgrund der Verschiebung der Brandschutzsanierung zur Gegenfinanzierung versch. Beschlüsse aus dieser Liste ist in 2017 ein Hebesatz für die Kreisumlage allgemein von 36,17 % (gegenüber der Änderungsliste der Verwaltung, 36,12 %) erforderlich.
0.91.10	Zinsaufwand			+ 19.500			Spitzausgleich des Ergebnisplans in 2017

67